60

1. Die Beschlüsse der 2.o.DK sind inzwischen abgezogen worden.
Die Kriegsgefahrresolution samt den Änderungen drückenwir im theoretischen Organab, bis dahin kann sich jeder die Änderungen selbst eintragen. Die Beschlüsse haben wir in einer solchen Auflage abgezogen, daß jeder ein Exemplar kriegt, der den RB hat. Vom RB gibt es noch etwa 200 Stück für SYmpathisanten und überhaupt für die Verbreitung nach außen. Ein Protokoll der DK, das nicht die gesamte Debatte, aber doch ihren wesentlichen Gang aufzeichnet,wird gerade anfgefertigt und ist dann bei mir einzusehen. Ich verweise hier auch noch einmal auf die beiden internen Versammlungen am 11. und 12. 5.76, an denen alle Genossen teilnehmen sollten.

2. In ihrer Sitzung am 27.4.76 hat die neue Leitung den St.A. und den Sekretär gewählt. Wie sicher ziehen wir angesichts der außergewähnlichen Umstände wenige Monate vor der Gründung der nationalen Organisation einenvierten Genossen zum St.A. heran, so daß jetzt P.F., WIL., K.P. und A.R. im neuen St.A. sind. W.L. ist Sekretaär und übt die Sekretärsfunktion wieder voll aus, wenn ihm auch K.P. als Stellvertreter zur Seite steht. H.W. übernimmt wieder die Schulungsverantwortlichkeit. Die Anleitung der Zellen erfolgt weiterhin hauptsächlich mittels der Kollektivleitertreffen, aber wir wollen auch die persönliche Anleitung der einzelnen Zellen verbessern und haben zu diesem Zweck folgende Zuständigkeiten festgelegt: A.R. (Kapsch, Elin, Horny) K.P. (Schrack/ WErtheim, Waagner-Biro), P.F. (liesing, Eumig, Spitäler). Nicht von dieser Regelung berührt wird die Einteilung in weiterhin zwei techniche Gruppen I(Schrack/W., Liesing, Kapsch, Eumig) und II (Spitäler, Ottakring, Horny, Elin, Waagner-Biro), und B. für das Zeitungszusammenlegen. A.G. ist wieder Verantwortlicher der Leitung für die Komiteefraktionen gemäß den seinerzeitigen Beschlüssen.

3. Im R 59 wurde einiges zu den Schwerpunkten unserer Politik gesagt, dortzwar auf die Maivorbereitung bezogen, aber doch von Bedeutung auch nach dem 1.Mai. Das dort Gesagte gilt nach wie vor und muß auch den Arbeitsplänen der Zellen zugrundegelegt werden. Hier möchte ich lediglich einiges zusätzliche Sachen sagen.

4. In den Vordergrund der Politik ist im Moment die geplante Wehrgesetznovelle getreten, bei der man übrigens nicht nur die Zwangsrekrutierungen, sondern alle im Flugblatt angeführten Maßnahmen sehen muß, um ein richtiges Bild zu bekommen. Die Vorgänge beim Fackelzug der SJ am 30.4. und am 1.Mai zeigen eine außergewöhnlich breite und schaffe Opposition auch in der Sozialdemokratie und ihren Jugendorganisationen gegen diese Gesetzes novellen. Ebenso verhält es sich natürlich - wie unseren eingenen Agitproperfahrungen zeigen, - in der Arbeiterjugend und in der Jugend insgesamt und überhaupt in der Arbeiterschaft. Eine starke antimilitaristische Haltung der Jugend und nichtzu unterschätzende antimilitaristische Traditionen sind in Rechnenung zu stellen. Auch die objektive Bedeutung der Sache ist groß, handelt es sich doch um einen entscheidenden Schritt der Bourgeoisie, um ihr Wehrkonzept verwirklichen zu können. Über dieses Wehrkonzept könnt ihr euch anhand des W.K.-Artikels im "Klassenkampf" 5/76 ein Bild verschaffen. Die Linie unseres Auftretens im Kampf gegen die geplante Wehrgesetznovelle geht aus dem Flugblatt hervor, das am 30.4. und 1.5. verteilt wurde. Hauptforderung ist "Weg mit der geplanten Wehr-

gesetznovelle!" Als weitere Forderung erheben wir die Forderung "Weg mit Lütgendorf!" Lütgendorf ist der Hauptexponent der Gesetzesnovelle und der Repräsentant der Militärpolitik der SP-Regierung. Richtig gestellt hat diese Forderung einige Bedeutung, weil sie den Rücktritt eines Regierungsmitglieds fordert bzw. weil sie darua gerichtet ist, diesen Rücktritt durch den Druck der Straße zu erzwingen, weil sie also unterstreicht, daß der Kampf als Frontalangriff gegen die Regierung geführt werden muß und weil sie übrigens an einige antimilitaristische Traditionen anknüpfen kann. Allerdings wird diese Forderung von den Sozialdemokratischen Jugendorganisationen falsch gestellt, nämlich so, als ob Lütgendorf gegenüber der sonstigen Kreisky-Regierung aus der Art geraten wäre und durch einen "Sozialisten" ersetzt werden müßte. Dem muß man natürlich entgegentreten und Kreisky hat uns das mit seiner Rede am 1.Mai auch beträchtlich erleichtert. Richtig gestellt kann die Forderung aber - wie gesagt - einige Sprengkraft entwickeln . Es ist nun so, daß viele Menschen, die empört sind über die WGN, nicht sehen, im Rahmen welcher Militärpolitik sie steht und auf welche internationale und auch innere Entwicklung diese Militärpolitik eine Antwort ist. Nicht selten werden sie von völlig falschen Vorstellungen über die internationale Stellung Österreichs ausgehen oder "Entspannungs" illusionen aufsitzen. Die Empörung wird dann einfach von einem kleinbürgerlichen Antimilitarismus gespeist. Dieser stellt aberkeine solide Grundlage einer Bwewgung gegen die Wehrges.nov.dar. Wir müssen in unserer Propaganda unbedingt Klarheit über diese Fragen verbreiten und die Menschen dafür gewinnen, daß sie die WGN nicht deshalb ablehnen, weil die Bourgeoisie - oder auch "Österreich" - sie ohnehin nicht brauchen würde, sondern wirl die Arbeiterklasse die Bourgeoisie nicht braucht und sie stürzen muß. Besonders unsere demokratischen Forderungen zum Militärwesen sind hier von größter Bedeutung. Die Agitation für die beiden Forderungen mit einer solchen Propaganda zu verbinden, ist schwierig,aber notwen dig.

Was die Durchführung von Kampfschritten selbst betrifft, muß man davon ausgehen, daß ursprünglich die sozialdem. Jugendorg. eine Demonstration für die Woche (3.-7.5.) angekündigt und dazu eine Besprechung für diese Montag (3.5.) angesagt hatten. Das war noch, bevor wir erstmals in dieser Sache an die Öffentlichkeit getreten waren. Man mußte natürlich mit einem Rückzieher der sozialdem. Jugendorg. rechnen, aber auch mit einem starken Gegendruck von unten. Man konnte jedenfalls am 30.4. oder 1.5. nocht nicht sagen: die tun sowieso nichts! In dieser Situation haben wir im Flugblatt vom 30.4. auf eine Demonstration "Mitte nächster Woche" gedrängt, aber keinen genauen Termin festgelegt. Das diente vor allem auch dem Ziel, Druck auf die szialdem. Jugendorg. auszuüben, ihre Ankündigung wahrzumachen, ohne ihnen durch Fixierung von Ort und Zeit einer Demonstration Ansatzpunkte für eine Spalterpolitik zu geben in einer Situation. in der die ursprüngliche Initiative nicht von und, sondern von ihnen ausgegangen war. Erst als die sozialdem. Jugendorg. am Montag nach langem Hin un d her zurücksteckten, war es richtig, zu diesem Zeitupunkt allerdings auch+notwenidig, + unbedingt, selbständig einenkonkreten Vorschlag an die Massen und an die in Frage kommenden Org. zu machen. Daher beschloß der St.A. am Montag abend (3.5.) eine Demonstration für nächsten Dienstag fes. und seltzte Schritte zur Vorbereitung der Demonstration und in der Aktionseinheitspolitik. Kritik, die sagt, wir hätten schon vorige Woch Ort und Zeit einer Demonstration festlegen sollen, ist unserer Meinung nach falsch , weil schematisch in der Handhabung

der AEpolitik. Der am Montag festzulegende Termin mußte so früh als möglöichsein, aber andererseits genügend Zeit bieten, um noch in die sozialdem. Jugendorg. hineinzuarbeiten. Um in der Öffentlichkeit möglöichst gar nicht erst die Stimmung aufkommenzu lassen, daß jetzt "doch nichts geschieht", haben wir das Plakat bereits für Dienstag organisiert. Jetzt wird es wichtig sein, die AEpolitik von oben zu ergänzen durch eine allseitige AEpolitik von unten. Damit auch in den anderen Städten, wo es mititärische Organisationen gibt, etwas geschieht ,hagen wir ebenfalls Initiativen ergriffen. Unseren Aktionseinheitsaufruf müßtet ihr bereis bekommen haben.

5.Eine konkrete Initiative, die aus dem beiliegenden Brief an alle in Frage kommenden Org. hervorge ht, haben wir auch im Kampf gegen die MHF ergriffen. Auch diese Initiative sollte überall, wo Möglichkeiten dazu bestehen, aufgegriffen und unterstützt werden. Es kann im Prinzip auch jeder Betriebsrat, jede Gew.org. gruppe, jedes Studentenvertretungsorgan so einen Brief abschicken und das wäre auch sehr gut. Was wir uns von der Sache erwarten, sind verschiedene Auswirkungen, die mit oder ohne unmittelbaren Erfolg eintreten: Beitrag zur Isolierung des KHD;Rückenstärkung für die Slowenen organisationen; stärkeres HIneinziehen der antifaschistischen Org. in den Kampf gegen die MHF; An-uns-Reissen der Initiative in dieser Sache, um bessere Positionen in und gegenüber den Solidaritätskomitees in Wien und Klagenfurt zu bekommen; günstige Auswirkungen der INitiative im Hinblick auf spätere Aktionseinheitsverhandlungen und schließlich Abfangen einer sich eventuell anbahnenden Forderung seitens der Slowenen org. nach Verbot des KHD. So eine Forderung halten wir aus taktischen Überlegungen gegenwärtig für falsch, denn der Einfluß des KHD in KÄrnten ist noch recht groß, so daß eine Verbotsforderung von einem guten Teil der Bevölkerung als Affront gegen sich selbst betrachtet , der Hetze des KHD nur weitere Ansatzpunkte bieten, falsche politische Fronten verhärten und damit die Möglichkeiten zuseiner+Isolierung+politischen in Kärnten verschlechtern würde - auch wenn so eine Verbotsforderung im übrigen Österreich Resonanz findenkönnte. Die eigentliche Stoßrichtung unserer Initiative geht natürliche gegen die Regierung und gegen den KHD gerade als Werkzeug der Regierung.

Weiterhin spielt das Auftreten gegen die geplante MHF eine bedeutsame Rolle in unserer politischen Arbeit. Zur Ausrichtung sind einige über das R 59 hinausgehende Sachen im (auch in unserer Organisation verbreiteten) Brief an die beiden slowenischen Zentralverbände geschrieben und in meiner Rede am 30.4.gesagt worden. Für nächste Woche erscheinende Zeitung werde ich versuchen, die bisher angestellten Überlegungen in einem aktuellen Ausrichtungsartikel zusammenzufassen.

6. Am 10.5. findet die erste Verhandlung im Prozeß gegen 3 Angeklagte aufgrund der Iberia-Aktion statt. auch das Auftreten für die Forderung nach sofortiger Einstellung dieser Verfahren wird in unserer Politik in der nächsten Zeit eine Rolle spielen. K!P. arbeitet auf der Grundlage der Diskussionim St.A. gerade Richtlinien dafür aus, die wir in den nächsten Tagen sofort verbreiten werden. K.P. ist überhaupt für die Sache verantwortlich. Eine besondere Arbeitsruppe ist gebildet worden, die u.a. eine Dokumentation ausgearbeitet hat, die veröffentlicht wird. An alle in Frage kommenden Org. wurde bereits herangetreten.

7. In den nächsten Wochen muß bekanntlich die Progeammdebatte geführt werden. Das bisher in den meisten Zellen noch nicht diesbezüglich geschehen ist, sind jetzt vier Wochen im Mai - wie ursprünglich geplant - zu knapp. Daher soll die Progarammdebatte für Mai und auch Juni geplant werden. Dazu muß aber erstens ein wirklicher Plan gemacht werden mit Teilzielen usw., zwitens das, was im R.58 zur Art und Weise der Programmdebatte gesagt wird, beachtet werden und drittens berücksichtigt weden, daß im Juni auch die politische Hauptresolution zu diskutieren sein wird,wobei wir um dabei freilich z.T. auf die Rb-Debatte stützen können. Die Programmkomission wird unter diesen Bedingungen den Programmentwurf erst im Juli einer. ev. Überarbeitung unterz ehen und das Resultat dieser Yrbeit erst knapp vor der Gründungskonferenz vorlegen können. Das ist aber trotzdem die bessere Lösung.

8. Eine kurze Einschätzung des 1. Mai geben wir erst im nächsten R und z.T. in der Zeitung. Es fehlen uns noch Statistiken und Berichte der Zellen.

9. Beiliegend auch noch ein Bericht über die Lage in Graz und über eine Aussprache mit einem MIR-Vertreter.

BERICHT ÜBER DIE LAGE IN GRAZ

Am 3./4.4.1976 hat die MV des KB Graz und am 10./11.4.1976 die MV der KG Graz stattgefunden. An beiden MVs waren W.L. und G.St. als Gastdelegierte unserer Organisation vertreten.

Beiden MVs lagen ein RB bzw. ein politischer Bericht der jeweiligen Leitung und ein Statutenentwurf vor. Beide Dokumente hatten einen ziemlich umfassenden Anspruch. Der KG-RB insbesondere versuchte, Festlegungen hinsichtlich der Hauptfragen der politischen Linie zu treffen und diese in Verbindung zu bringen mit der Politik des alten KB Graz und der Auseinandersetzungen darüber im alten KB. Der KG-RB versuchte weiters, die Notwendigkeit der Spaltung der Organisation im Dez.75 zu begründen, während der KB-RB die Tendenz hatte, die Auseinandersetzungen im alten KB zu verwischen und ihre politische Bedeutung herabzumindern. Während beid-er MVs hat sich im Lauf der Debatte herausgestellt, daß beide RBs große Unklarheiten, Schwächen und Fehler hatten, so daß sie nicht beschlossen werden konnten. Statt nun die Leitungen zu beauftragen, weitreichende Umarbeitungen vorzunehmen, bzw. praktisch neue RBs vorzulegen, wurden auf beiden MVs Resolutionen beschlossen, mit denen die Leitungen beauftragt werden, unmittelbar an die Ausarbeitung der von der Linzer Konferenz von den Grazer ML geforderten Resolutionsentwürfe - zum Zweck des Zusammenschlusses der Grazer ML bei gleichzeitiger organisatorischer Trennung von den Rechtsopportunisten - zu gehen.

Es wurde vereinbart, daß eine gemeinsame Kommission g-ebildet wird, die aus je zwei Genossen jeder Organisation besteht, die diese Entwürfe für eine für Mai geplante gemeinsame MV ausarbeitet. Bei dieser MV sollen alle diejenigen Genossen, die dieser Resolution und einem Statut zustimmen, eine neue gemeinsame Organisation.bilden.
Dies entspricht den Erfordernissen der Lage der ML in Graz. Unserer Meinung nach wäre es besser gewesen, schon viel früher auf die Ausarbeitung solcher Resolutionen, anstelle der RB Kurs zu nehmen, um die gemeinsame Debatte unter den ML voranzutreiben und Abkapselungstendenzen beider Organisationen voneinander entgegenzutreten. Solche Tendenzen hat es gegeben, (und gibt es jetzt noch immer) und gerade in den Vorgängen um die RB ist das zum Ausdruck gekommen.

Zu den Vorbereitungen für die gemeinsame MV gehört auch die Säuberung der Reihen von Rechtsopportunisten, Zentristen und Vertretern des Kapitulantentums. Solche Tendenzen sind bei der KB-MV aufgetreten. Andererseits ist nach der Spaltung auch im KB politisch vieles in Bewegung gekommen. Das hat sich auch bereits in einigen Ausschlüssen und Austritten gezeigt. Die weitere Säuberung der Reihen muß jetzt bereits angegangen werden und wird es auch schon.

Weiters muß ein Statut beschlossen werden. Im ursprünglichen Statutenentwurf für den KB Graz waren einige Zugeständnisse an einen kleinbürgerlichen Demokratismus enthalten, die - ernst genommen - auf eine Liquidierung jedes ernsthaften Organisationslebens hinausgelaufen wären. Die falschen Bestimmungen wurden aber bei der MV aus dem Statut entfernt, so daß

sich jetzt die beschlossenen Statuten von KB und KG sehr weitgehend ähneln.

W.L.

Am 13.4.1976 konstituierte sich in Graz eine aus Vertretern der KG-Graz (Hepu, K.W.) und Vertretern des KB-Graz (G.M., W.R.) bestehende Kommission, die die Aufgabe hat, die Herstellung der "Einheit aller wirklichen Marxisten-Leninisten auf dem Boden einer klaren und richtigen politischen Linie" (Wr.Konferenz) und die Trennung vom Rechtsopportunismus in Graz zielstrebig vorzubereiten.

Für diesesZiel wird die Kommission:

1. Politische Resolutionen zu den folgenden Fragen vorbereiten:
   a) Einschätzung der internationalen und nationalen Klassenkampfsituation
   b) Demokratischer Kampf
   c) Wirtschaftlicher Kampf und Kampf um Arbeiterrechte
   d) Gewerkschaftlicher Kampf
   e) Aktionseinheitspolitik
   f) Entwicklung des Linienkampfes im alten KB-Graz und die nächsten Aufgaben der Grazer ML im Parteiaufbau
   g) Hochschularbeit
2. Ein Statut für die zukünftige Organisation vorschlagen
3. Organisatorische Voraussetzungen für den Zusammenschluß der wirklichen Grazer ML schaffen.
   Insbesondere sind dies
   a) Einleitung der Debatte über die Anforderungen an die Mitglieder und Kandidaten der neuzuschaffenden Organisation. (Kaderorganisation und Hochschulorganisation)
   b) Vorbereitungen für den Aufbau der zukünftigen Organisation

Die Kommission steckt sich folgenden Zeitrahmen:

Fertigstellung der Resolutionenbis 9.5.1976
Mitgliederversammlung der in KG und KB organisierten Mitglieder und Kandidaten am 22./23.5.1976

Für die KG-Graz — Hepu, K.W.
Für den KB-Graz — G.M., W.R.

Graz, am 13.4.1976

PROTOKOLL DER AUSSPRACHE MIT EINEM VERTRETER DES AUSLANDSKOMITEES DES MIR (9.April 1976)

Als Tagesordnung des Gesprächs, das auf Vorschlag des MIR-Vertreters zustandekam, schlug ich folgende Punkte vor:
1. Die nächsten Ziele des Kampfs des chilenischen Volkes und die Aufgaben nach dem Sturz der Junta.
2. Die altung des MIR zur SU
3. Politik des MIR in der Solidaritätsbewegung und die Prinzipien ihrer Aktionseinheits(AE)Politik

zu 1)

Das strategische Ziel des MIR ist die Bildung einer sozialrevolutionären Kraft, die fähig ist, die Revolution in Chile durchzuführen.
Diese sozialrevolutionäre Kraft ist ein Block verschiedener Klassen und Schichten, die ein Instrument haben, die Partei, ideologisch vereint sind und ein klares politisches Programm haben und bewaffnet sind.
Der MIR stützt sich in seiner Arbeit in Chile auf die Erfahrungen der chinesischen und indochinesischen Revolution; das Beständige über die verschiedenen Etappen des Kampfes hindurch bleibt die revolutionäre Partei und Armee.
Um diese revolutionäre Kraft zu bilden, ist es notwendig, vom Bewußtsein der Massen auszugehen.

Das taktische Ziel ist der Sturz der Junta, die Durchsetzung wirtschaftlicher und demokratischer Forderungen.
Der MIR versteht seine Rolle so, den Komitees und Bewegungen des Volkswiderstandes jene Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, damit diese die fortgeschrittenen Formen des Kampfes finden können.
Von den Fortschritten des Volkswiderstandes wird es abhängen, ob wir (d.MIR) fortschreiten können zur proletarischen Revolution.
Die Junta kann auf verschiedenem Weg fallen:

- Wenn die Junta durch den Volkswiderstand fällt, ist der Weg zum Sozialismus kürzer
- Die Junta kann auch ihren P-latz an eine andere Bourgeoisfraktion abtreten; dann gilt es den Kampf eben weiterzuführen.

Deswegen vereinigen wir uns mit keiner Fraktion der Bourgeoisie, selbst wenn wir gewisse Punkte der Übereinstimmung haben.
Unser Ziel ist es, den Kampf um den Sturz derJUnta mit dem Ziel des Sozialismus zu verbinden.

Zwischenfrage (K.P.) : Was verstehen sie unter Bourgeoisie - warum nützen sie die Übereinstimmung nicht aus für den Sturz der Junta ?

Nun folgten Definitionen:
Volk: alle, die vom gegenwärtigen Regime unterdrückt und ausgebeutet werden, Stadt- und Landproletariat, kleine Bauern, Stadt- und Landarmut, Kleinbürgertum, sofern es nicht von der Ausbeutung lebt.
Im Unterschied zu allen Kapitalisten: Schichten, die von der Ausbeutung leben.
MIR lehnt ein Bündnis ab mit allen Ausbeuterklassen, im Gegensatz zur Unidad Popular, die die Klasseninteressen der Bourgeoisie berücksichtigt hat und so die Klasseninteressen der Arbeiterklasse geschädigt hat. Sie nützen die Widersprüche zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie aus - und arbeiten zusammen in Punkten der konkreten Übereinstimmung, wie z.B. in humanitären Fragen.
Die Taktik des MIR ist getrennt marschieren, gemeinsam schlagen, um nicht einer bürgerlichen Partei unter den Massen als Führung erscheinen zu lassen. Die Linke muß sich als selbständige Alternative zeigen.

Eine Vereinigung mit der CD zum heutigen Zeitpunkt würde bedeuten, daß sie die politischen, materiellen, lelegalen Mittel in der Hand hätte, die Hegemonie an sich zu reißen.
Ein engeres Bündnis strebt der MIR nur mit den Kräften der Arbeiterklasseund des Volkes und jenen Kräften an, die sich auf das Volk stützen (KP, MAPU, MAPU OC., Christliche Linke)

Zwischenfragen: Das engere Bündnis hat welche Basis?

- Forderungen nach demokratischen Freiheiten
- Verteidigung des Lebensniveaus der Massen
- Sturz der Diktatur

zu 2)

K.P. gibt eine kurze Einleitung zu unserer Einschätzung der SU und erklärt (in Anspielung auf das Referat des MIR-Genossen)unsere Forderungen zu Angola.

MIR:

In der SU hat sich nach 1917 bereits eine Bürokratisierung entwickelt, die zum Revisionismus in der Innen- und Außenpolitik geführt hat. Die Er-eignisse nach dem 2.Weltkrieg (Griechenland, Frankreich, I-talien) zeigen nach Ansicht des MIR, daß die SU schon damals eine Politik der Abgrenzung von Einflußsphären mit dem US-Imperialismus betrieben habe.
Die SU ist kein sozialimperialistisches Land, es handelt sich um eine ökonomische und soziale Struktur, die unterschiedlich ist von den kapitalistischen Ländern.
Die KPCh charakterisiert die SU so, daß es zu einer falschen Politik führt, weil sie als Kriterium nicht den Klassenkampf hat, sondern die Beziehungen zwischen den Staaten.

Angola: In A. bestand eine Befreiungsbewegung mit dem Ziel des Sozialismus, die anderen waren Instrumente des Imperialismus. Der MIR tritt nicht ein für das Konzept des Sozialismus in der SU, hält aber die Unterstützung einer Befreiungsbewegung durch die SU für gut.
Für das chilenische Volk ist das, was Radio Moskau sagt, die Denunzierung der Junta, der Abbruch der Beziehungen besser, als das was Radio Peking sagt, China liefert Waren und hält die Beziehungen aufrecht.

K.P. stellt fest, daß ein Unterschied ist zwischen der Außenpolitik eines sozialistischen Landes und den Aufgaben der Kommunisten in den einzelnen Ländern und versucht ihnen das an-hand von Österreich zu erklären.

zu 3)

Kurze Einleitung über die Prinzipien unserer AE-Politik (RB 75) und das Herangehen des KB an die internationalistische Unterstützungsarbeit.
Auf internationalem Gebiet sieht der MIR 2 Ebenen der Unterstützung des Kampfes, mit entsprechend verschiedenen Plattformen:

- Mit den proletarischen und revolutionären Kräften kann man zu einer Erringung der Unterstützung des Volkswiderstandes kommen

- mit anderen Organisationen (humanitären etc.) nur soweit, daß sie zur Isolierung der Junta ja sagen und für bestimmte Forderungen eintreten (Verurteilung der Unterdrückung, für die Freiheit der politischen Gefangenen). Da kann man zu breitester Übereinstimmung kommen.

- grundsätzlich: Propagierung des Widerstandskampfes, wenn das nicht geht, wird eine andere Form gewählt (!)
Was die Solidarität mit den proletarischen und revolutionären Kräften angeht, so handelt es sich nicht nur um eine spezielle Chile-Solidarität, sondern auch darum, den proletarischen Internationalismus zu stärken.

Wichtig war im Punkt 3) noch, daß sie alle Prinzipien unserer AE-Politik für richtig halten, v.a. daß sie nicht für den Ausschluß von Organisationen aus der AE eintreten.

K.P.

FÜR DIE SOFORTIGE EINSTELLUNG DER GERICHTSVERFAHREN GEGEN TEILNEHMER AN DER SPANIEN-DEMONSTRATION

Aus Anlaß der Hinrichtung von fünf spanischen antifaschistic schen Kämpfern durch das Franco-Regime demonstrierten am Donnerstag, den 2.10.1975 mehrere tausend Menschen verschiedener politischer Richtungen gegen die faschistische Dinktatur in Spanien und brachten damit ihre Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes zum Ausdruck.

Im Anschluß an die Demonstration marschierten mehr als 1500 Antifaschisten vom Schwarzenbergplatz zum Büro der staatlichen spanischen Luftlinie IBERIA und brachten ihre Empörung über die faschistische Gewaltherrschft durch das Einschlagen der Scheiben des Büros zum Ausdruck.

Große Teile der antifaschistisch gesinnten Bevölkerung, so auch die Teilnehmer an der großen Solidaritätsdemonstration zum Schwarzenbergplatz, standen und stehen der Aktion mit Verständnis und Sympathie gegenüber. Viele beteiligten sich aktiv an ihr, darunter viele Mitglieder von Gewerkschafts-,KPÖ-,und SPÖ-Organisationen. Vertreter dieser Organisationen waren auch bei den Aktionseinheitsverhandlungen in den Tagen zuvor für diese Aktion eingetreten.

Daß mit dieser Aktion die Franco-faschisten, bzw. ihre diplomatischen Vertreter empfindlich getreffen wurden, zeigte die scharfe Reaktion des spanischen Botschafters.

Die Winer Polizei ging mit gezogenem Knüppel gegen die Demonstration vor, veranstaltete eine wüste Schlägerei und verfolgte die Demonstranten in einzelnen Stoßtrupps noch hunderte Meter weit vom IBERIA-Büro entfernt und knüppelte wahllos auf Flüchtende und Unbeteiligte.

Nun soll, beginnend am 10.Mai, drei wahllos herausgegriffenen Teilnehmern dieser Demonstration, die von der Polizei verprügelt und festgenommen werden waren, der Prozeß gemacht werden. Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und Polizistenverletzung.

Mit dieser formellen Anklage gegen 3 von 1500 wird nun der Versuch unternommen, die Solidaritätsbewegung zu spalten, und einzelne Teilnehmer zu Kriminellen zu stempeln, mit dem Zweck, die gesamte antifaschistische Solidarität mit dem spanischen Volk auf jenes Maß einzuengen, das den guten Beziehungen der österreichischen Regierung zum faschistischen Spanien gerade noch nicht abträglich ist.

Wir fordern alle antifaschistischen Organisationen und demokratisch gesinnten Menschen auf, sich gegen diesen Versuch zu stellen und vom Justitzminister die

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER GERICHTSVERFAHREN GEGEN DIE TEILNEHMER AN DER SPANIEN - DEMONSTRATION zu fordern.

Initiative für die sofortige Einstellung der Gerichtsverfahren gegen die Teilnehmer an der Spaniendemonstration. Kontaktadresse: Herbert Genowitz, Steing.31/18, 1030 WIEN.

Kommunistischer Bund Wien
Halbgasse 12
1070 Wien

Werte Freunde! Wien, 5.5.1976

Wie Ihr wißt, findet am 13. Mai die nächste Sitzung des parlamentarischen Unterausschusses zur Behandlung des Volkszählungsgesetzes statt. Dort sollen die Zentralorganisationen der Slowenen ihren Standpunkt vorbringen - und ebenso der Kärntner Heimatdienst. Wir sind der Meinung, daß es eine Provokation eines jeden demokratisch gesinnten Menschen darstellt, daß der Kärntner Heimatdienst in gleicher Weise wie die Minderheitenorganisationen zu den Verhandlungen beigezogen bzw. daß er überhaupt beigezogen wird.

Es geht bei diesen Verhandlungen wie bei der gesamten politischen Auseinadersetzung darum, daß die Regierung - zusammen mit ÖVP und FPÖ - eine Minderheitenfeststellung gegen die Interessen der Minderheiten wie auch gegen die Interessen der Demokratie und des Volkes durchsetzen will, während die Minderheitenorganisationen die Pläne der Regierung vereiteln wollen und dafür auch bereits große Unterstützung finden.

Der Kärntner Heimatdienst ist eine reaktionäre und chauvinistische Organisation, die den Minderheiten demokratische Rechte abspricht, Träger der chauvinistischen Hetze gegen sie ist und auch schon die Meinung geäußert hat, daß das Minderheitenproblem in Kärnten erst gelöst sei, wenn es eine der beiden Nationalitäten nicht mehr gebe (!) Diese Organisation hat nichts bei den Verhandlungen zu suchen!

Allerdings ist es kein Zufall, daß sie dazu herangezogen wird. Die Regierung plant mit der Minderheitenfeststellung in Gestalt der "Volkszählung besonderer Art" genau die Verwirklichung dessen, was der Kärntner Heimatdienst und alle offenen Reaktionäre stets gefordert haben, um ihre Vorstellungen einer "Lösung" des Minderheitenproblems zu realisieren. Gegen den großen Widerstand, den es gegen die Pläne der Regierung gibt, benutzt diese den Kärntner Heimatdienst als Reserve und als Druckmittel. Die Regierung wertet diese reaktionäre Organisation auf, um sie vorschieben zu können und unter Berufung auf sie und die Interessen der "Mehrheit der Kärntner" die sie angeblich vertritt, ihre eigenen reaktionären Pläne, die sich ohnehin im Kern mit denen des Kärntner Heimatdienstes decken, leichter verwirklichen zu können. Ein besonders deutlicher Akt in dieser Richtung war die Eröffnung eines "Heimatmuseums" und Einweihung eines Denkmals für den "Abwehrkämpfer", Reaktionär und Nazifaschisten Dr. Hans Steinacher in Völkermarkt am vergangenen Wochenende durch Landeshauptmann Wagner.

Gegen diese Absichten und gegen diese Taktik der Regierung muß unserer Meinung nach scharf aufgetreten werden. Die Slowenenorganisationen werden am 13. Mai gegenüber Parlament und Regierung die Interessen der Minderheiten und zugleich die der Demokratie überhaupt verteidigen müssen. Jeder demokratisch gesinnte Mensch wird sie dabei unterstützen und alles tun, um ihre Position gegen Parlament und Regierung zu stärken. Die Heranziehung des Kärntner

Heimatdienstes ist ein Trumpf in der Hand der Regierung. Wir rufen Euch daher auf, gegen die Heranziehung des Kärntner Heimatdienstes zu den Verhandlungen am 13.5. 1976 zu protestieren und seine Ausladung zu fordern. Schreibt diesbezügliche Protestbriefe an den Unterausschuß des Nationalrats und an das Bundeskanzleramt, verständigt die Presse davon, schickt Kopien davon an die beiden slowenischen Zentralverbände
(Narodni Svet Koroških Slovencev
Rat der Kärntner Slowenen, Viktringer Ring 26, 9020 Klagenfurt/Celovec
Zveza slovenskih organizacij
Verband slowenischer Organisationen, Gasometergasse 10, 9020 Klagenfurt/Celovec)
bzw. informiert sie von eventuellen anderen Schritten in dieser Richtung.

Kommunistischer Bund Wien

Walter Lindner

Sekretär der Leitung

P.S.: Vielleicht könnt Ihr bitte auch uns Kopien Eurer Protestbriefe zukommen lassen bzw. uns über eventuelle andere Schritte von Eurer Seite informieren, damit wir auch in unserer Zeitung "Klassenkampf" darüber berichten können.

geht an: Österreichische Gewerkschaftsjugend, Privatangestellten-Jugend, Sozialistische Jugend, Junge Generation in der Sozialistischen Partei Österreichs, Initiative für sozialistische Politik, Kommunistische Partei Österreichs, Kommunistischer Studentenverband, Kommunistische Jugend Österreichs, Bund Demokratischer Lehrer, Bund Demokratischer Frauen, Katholische Männerbewegung, Katholische Arbeiterjugend, Katholische Hochschülerschaft, Arbeitskreis Kritisches Christentum, Evangelischer Jugendrat, Evangelische Studentengemeinde, Freie Österreichische Jugend / Bewegung für Sozialismus, Gruppe Revolutionärer Marxisten, Gewerkschaftliche Einheit, Südtiroler Hochschülerschaft, Internationaler Zivildienst, Kroatischer Akademischer Klub (HAK), Österreichische Hochschülerschaft - Zentralausschuß, Hauptausschüsse der Österreichischen Hochschülerschaft, Österreichische Widerstandsbewegung, KZ-Verband,

Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs, Vereinigung

BESCHLÜSSE DER 2.O.DELEGIERTENKONFERENZ DES KB WIEN

Im folgenden sind die Resolutionen der 2.o.DK abgedruckt. Beschlossen wurde des weiteren die Resolution "Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs". Gegenüber dem Entwurf wurden folgende Änderungen vorgenommen:

S.1, Absazt 1, Zeile 1: Der grundlegende Beitrag...
Überschrift S.1: ...die Hauptfeinde des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen...
S.2, Absatz 4, Zeile 1: ...sind nur die beiden Supermächte...
S.2, Absatz 5, Zeile 2 und 3 von unten: ...setzt sie auf revisionistische Parteien und Kräfte als 5.Kolonne, um...
S.6, Absatz 3, Zeile 12: ..."Dialog"...
S.6, letzte Zeile: ...eine Verstärkung der Abhängigkeit der kleineren Länder von den...
S.7, Absatz 2, Zeile 5: weg,auf dem die nationale Selbstbestimmung der Völker und eine...
S.7, Absatz4, Zeile 8: ...2.Weltzu zwingen, die Forderungen der 3.Welt zu erfüllen oder wenigstens gegenüber diesen Forderungen zu neutralisieren.xx
S.7, Absatz 6, Zeile 4: ...verbundene Einschränkung des Einflusses ...
S.7, Absatz 6, Zeile 8: ...und die Verstärkung der Abhängigkeit gegenüber..
S.8, Absatz 5, Zeile 1: Zugleich ist Österreich...
S.8, Absatz 5, Zeile 6. ...Sozialimperialismus und bessere Möglichkeiten..
S.8, letzter Absatz gestrichen, statt dessen: Andrerseits ist Österreich ein imperialistisches Land und versucht, an der Ausplünderung und Unterdrückung der 3.Welt und an der Ausbeutung der internationalen Arbeiterklasse teilzunehmen. Es unterhält selbst Beziehungen der Abhängigkeit gegenüber den unterdrückten Völkern der 3.Welt. Auf der Grundlage des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie bedeutet die Herrschaft der imperialistisches Bourgeoisie die Negierung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationane und der Volkssouveränität in Österreich. Nur ein sozialistisches Österreich...
S.9, Absatz 1, Zeile 4: ...zusammenschließt, wird das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und die Volkssouveränität auf dem Gebiet der internatioanlen Beziehungen zur Grundlage seiner Politik machen. Auch im Kampf um die Verwirklichung dieses Ziels steht die österr. Arbeiterklasse der österr. Bourgeoisie gegenüber. Zum inneren Feind, der österr. Bourgeoisie, kommen als äußere Feinde der österreichischen Arbeiterklasse in ihrem Klassenkampf die beiden Supermächte, aber auch andere europäische Imperialisten, allen voran die BRD, die jeweils...(Zeile5 des 2.Absatzes)
S.9, Absatz 3, Zeile 8: M..Monopolbourgeoisie, beim Kampf um die Beherrschung fremder Länder mitzuhalten.
S.9, Absatz 5, Zeile 5 fällt weg
S.9, Absatz 5, Zeile 8: und der Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs
S.10, vorletzte Zeile: ... daß Österreich seine Beziehungen mit den Ländern der 3.Welt auf die Basis der Gleichberechtigung...stellt und die gerechten Forderungen der 3.Welt...
S.13, 2.Absatz, Zeile 1: Wir müssen alle Schritte von Ländern der 2.Welt..., welche sich gegen Bedrohung...richten, unterstützen, soweit diese Schritte dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und dem Interesse der Völker entsprechen (auch wenn...)...zu tun.
S.13, Absatz 3, Zeile 1: ...unsere Aufgabe, jede Einmischung der beiden und auch jede andere imperialistische Einmischung und alle Schritte der österr.Bourgeoisie...
S.18, Absatz 2: Statt Miliz kommt zwei Mal Volksmiliz.
S.18, Absatz 3, Zeile 16:...Wahl und Abwählbarkeit der Offizieren...

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmungsergebnisse der anderen Resolutionen sind fplgende:

Resolution 1 14 für, 2 dagegen, o Entahltungen
Resolution 2 14 : 2 : o
Resolution 3 16 : :
Resolution 4 16: :
Resolution 5 9 : 4 : 3 (Alternativabstimmung)
Resolution 6 15 : o : 1
Resolution 7. 13 : 1 : 2

Um die Ergebnisse der DK in die Organisation zu tragen und breit in der Organisation zu diskutieren, finden am Dienstag, 11.5., 19 Uhr, und Mittwoch, 12.5., 19 Uhr 30, im Porrhaus Versammlungen aller Mitgleider, kandidaten und engeren Sympathicanten des KB und der Massenorganisationen statt. Es wird gehen um die internationale Lage und unsere daraus ént-springenden Aufgaben, um die Klassenkampfsituation in Österreich und um die Frage des Schulungswesens, wozu es ebenfalls Auseinandersetzungen auf der DK gegeben hat. Wir hoffen, bis dahin auch noch die wichtigsten abgelehnten Anträge abziehen zu können.

W.L.

R E S O L U T I O N E N

der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz am 24./25. April 1976

1. RESOLUTION zur Geschäftsordnung

Der Rechenschaftsbericht der Leitung des KB Wien wird der Delegiertenkonferenz als Ganzes und in der vorliegenden Fassung zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Delegiertenkonferenz kann diesen Rechenschaftsbericht durch eine Resolution annehmen oder ablehnen, wobei Stimmenthaltung bei dieser Abstimmung nicht möglich ist. Jeder Delegierte kann nach dieser Abstimmung Zusatzresolutionen als Anträge an die Delegiertenkonferenz einbringen, die als selbständige Resolutionen ausgearbeitet und zur Abstimmung gebracht werden.

2. RESOLUTION

Die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien billigt den Rechenschaftsbericht der Leitung. Zusätzlich wird festgehalten, dass auf den Seiten 8 bis 10 des Rechenschaftsberichtes sozialistische Länder, volksdemokratische Länder und eine Reihe junger unabhängiger Nationalstaaten ungeachtet ihres unterschiedlichen Klassencharakters in einem Abschnitt behandelt werden, was vor allem den Fehler im Rechenschaftsbericht begünstigt, die Bedeutung der sozialistischen Länder für die Weltrevolution nicht genügend und umfassend herauszuarbeiten.

3. RESOLUTION

Die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien fordert die neue Leitung auf, bis zur Gründung der nationalen Organisation die bestmöglichsten Voraussetzungen für das vierzehntägige Erscheinen des Zentralorgans zu schaffen.

Die entscheidenden Voraussetzungen sind:

- die bessere Nutzung des "Klassenkampf" zur direkten Anleitung der Organisation durch die Leitung,
- die sofortige politisch-ideologische und personelle Stärkung der Redaktion, um die aufgetretenen Mängel in der Redaktionsarbeit zu beheben,
- die regelmässige Mitarbeit aller Genossen an ihrer Zeitung durch Korrespondenzen, Kritiken und Anregungen an die Redaktion,
- die beschlussmässige Überprüfung des Verkaufs durch die Zellen, sowie die Nutzung der Zeitung als wichtigsten Hebel zur Heranführung von Sympathisanten an die Organisation,
- der Aufbau eines Sachbearbeiterstabes durch die Leitung,
- die entschiedene Verbesserung der Verkaufsstatistik und der Abrechnung,
- die Schaffung der technischen Voraussetzungen.

Die neue Leitung wird festzulegen haben, wieviele Nummern des "Klassenkampf" noch bis zur Gründungskonferenz der nationalen Organisation erscheinen werden.

4. RESOLUTION

Die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien beauftragt die Leitung, ihre Untersuchungen und Überlegungen, die sie im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Punktes 4 des Protokolls der Wiener Konferenz am 6.-8.12.1975 anstellt, in einem Bericht für die Organisation zusammenzufassen und diese Fragen im Rahmen der Vorbereitungen für die nationale Organisation in der Organisation zu behandeln.

5. RESOLUTION

Im Schulungswesen unserer Organisation hat es wichtige Erfahrungen und Fortschritte gegeben.

Für die allgemeine Mitgliederschulung wurde ein klares Konzept erarbeitet. Eine Kandidatenschulung wurde eingeführt. Die abgehaltenen fallweisen Wochenendschulungen zu bestimmten aktuellen Themen haben sich bewährt. Mit der Erstellung einer Literaturliste wurde ein wichtiger Schritt zur Förderung der Selbstschulung getan. Die Einführung von Schulungsleitertreffen hat der Leitung ein Instrument zur Lenkung der allgemeinen Mitgliederschulung in die Hand gegeben.

Bei der Behandlung des Schulungswesens als Teil der Politik der Organisation durch die Organisation als Ganzes und durch die Einheiten haben wir Fortschritte gemacht. Der wichtigste Fortschritt des vergangenen Jahres jedoch war die Entwicklung einer umfassenden Sichtweise des Schulungswesens und die gesetzten ersten Schritte zu ihrer Umsetzung in die Tat.

Das Schulungswesen dient dem ideologischen Aufbau der Organisation. Die allgemeine Mitgliederschulung ist sein Kern. Sie wird ergänzt durch die Kandidatenschulung zur systematischen Einführung neuer Genossen in unsere Politik. Sie wird weiters ergänzt durch wissenschaftliche Beratungen, besondere Schulungskurse und die Selbstschulung.

Für das gesamte Schulungswesen gilt, dass der Ausbildung der Arbeitergenossen unserer Organisation im wissenschaftlichen Sozialismus ein besonderes Augenmerk geschenkt werden muss.

Der Hauptgesichtspunkt für das Programm der allgemeinen Mitgliederschulung muss sein: Besser Grundlagen und Methode des wissenschaftlichen Sozialismus verstehen und in die Tat umsetzen lernen. Diesem Hauptkriterium muss ein Schulungsprogramm für die allgemeine Mitgliederschulung genügen. Es muss genügend umfassend sein, um alle Hauptfragen des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfassen und genügend knapp, um allen Teilnehmern den Gesamtüberblick zu ermöglichen. Der derzeitige Schulungstext, der "Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)" entspricht diesen Anforderungen.

Die Kandidatenschulung hat das Ziel der Einführung neu gewonnener Genossen in die Grundlagen unserer Politik. Sie muss diese Grundlagen klarlegen und darf keine Vorkenntnisse voraussetzen, muss anschaulich und eng mit der praktischen Politik verbunden sowie jederzeit zugänglich sein. Dementsprechend ist das gegenwärtige Programm für die Kandidatenschulung, das sich an den ideologischen und politischen Grundlagen unserer Organisation orientiert, aufgebaut.

Kommunistischer Bund Wien
Halbgasse 12
1070 Wien
Tel 93 83 37

Werte Freunde!

Wie Euch ja bekannt ist, hat der Ministerrat auf Betreiben von Minister Lütgendorf am 27.4.1976 eine Novelle zum Wehrgesetz beschlossen, die insgesamt auf eine Ausdehnung des militärischen Kasernensystems hinausläuft. Wie Ihr auch wisst, hate diese geplante Wehrgesetznovelle zu einem breiten Proteststurm vor allem unter den betroffenen Jugendlichen quer durch alle Parteien und Organisationen geführt, was auch in den Maidemonstrationen offenen Ausdruck gefunden hat.

Viele Organisationen haben sich klar gegen die geplante Wehrgesetznovelle ausgesprochen.

Wir halten den von einigen Organisationen erwogenen Plan einer Demonstration für richtig, da damit die offene Feindschaft zur geplanten Gesetzesnovelle auf die Straße gebracht werden und der Kampf um die Forderungen

- Weg mit der Wehrgesetznovelle
- Weg mit Lütgendorf

am besten geführt werden kann.

Da bisher aber von keiner Seite konkrete Initiativen zur Durchführung einer Demonstration gesetzt wurden, rufen wir für

Dienstag, 11.5.1976, 17 Uhr 30, beim AEZ

zu einer Demonstration auf. Wir möchten Euch auffordern, Euch an dieser Demonstration zu beteiligen.

In Hinblick auf den bereits zum Ausdruck gekommenen breiten Protest und um nicht weiter Zeit zu verlieren hielten wir es für geboten, einen konkreten Vorschlag an die Massen und an die Organisationen zu richten.

In Anbetracht der Bedeutung der Sache und zum Zweck einer klaren Absage an die Pläne der Militärs und der Regierung streben wir eine breite Aktionseinheit unter Wahrung der Freiheit der Agitation und Propaganda für alle beteiligten Organisationen an.

Wir ersuchen Euch daher, gemeinsam mit uns über die Durchf hrung der Demonstration und unseren Vorschlag zu beraten. Zu diesem Zweck laden wir Euch für Freitag, den 7.5.1976, 19 Uhr in unser Lokal Wien 7., Hlabgasse 12, Hofgebäude, 2. Stock ein.

Wien, am 4.5.1976

für den KB Wien:

Walter Lindner e.h.

Ergeht an: FÖJ/BfS, GRM, ISP, IZD, JG, KAJ, KJÖ, KSV, MLPÖ, ÖGJ, Österreichische Hochschülerschaft, SJ, VRAÖ/ML, VSStÖ.